Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 13. Februar 2013, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 2/2013

Anwesend:

Oberbürgermeister
Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion
Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier (bis 18.45 Uhr, TOP 7.6.1)
Ratsmitglied Oliver Gerriets
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion
Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion
Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion
Beigeordneter Stefan Becker (bis einschl. TOP 7.7.2)
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied "Die Linke"
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied FDP
Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent
Stadtrat Dr. Jens Graul
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung
Büroleitung Oberbürgermeister Claudia Wachenfeld
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Heike Hansemann
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Fachbereich Finanzwirtschaft Torben Müller
Fachbereichsleitung Jugend Carsten Feist
Fachbereichsleitung Bauordnungsamt Nikša Marušić

vom Eigenbetrieb
Betriebsleitung Grundstücke und Gebäude Oliver Leinert

Protokollführerin
Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Bürgermeister Fritz Langen

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 27

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6.1	Antrag der BASU-Fraktion auf Einrichtung des "gläsernen Rathauses"	**522/2012**
6.2	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Auflistung und Stopp offener Ratsbeschlüsse vor dem 2.11.2011 mit finanziellen Auswirkungen für die Gegenwart/Zukunft	**503/2013**
6.3	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Stopp Durchbau Jadeallee	**508/2013**
7.1.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	**5/2013**
7.1.2	Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2009 - 2011	**22/2013**
7.1.3	Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2013	**2/2013**
7.1.4	Abberufung des bisherigen Aufsichtsratsmitgliedes der Ostfriesland Tourismus GmbH und Entsendung eines neuen Mitgliedes	**27/2013**
7.1.5	Abberufung eines Mitglieds des Beirats „Marketing“ der Ostfriesland Tourismus GmbH und Benennung eines neuen Mitgliedes	**28/2013**
7.2.1	Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Horst Erbe	**9/2013**
7.3.1	Bebauungsplan Nr. 149 / 1. Änderung - Nordhafen Neu - Aufstellungsbeschluss	**12/2013**
7.3.2	Bebauungsplan Nr. 143 - Forschungswindpark Anzetel – Erneuter Aufstellungsbeschluss	**15/2013**
7.4.1	Personelle Besetzung des Behindertenbeirates	**14/2013**
7.5.1	Information zur Übertragung des städtischen Infrastrukturvermögens sowie der Grünflächen auf den Eigenbetrieb TBW	**1/2013**
7.6.1	Änderung der Staffelung der Elternbeiträge für Kindertagesstättenplätze	**4/2013**
7.7.1	Regionaler Pakt für berufliche Bildung	**3/2013**
7.7.2	Schulentwicklungsplanung 2013 - 2018	**26/2013**
7.7.3	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Beschluss über die "Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Festlegung von Schulbezirken für die Wilhelmshavener Haupt- und Realschulen zum Schuljahr 2013/2014" im SchA 7.2., VA 11.2. und Rat 13.2.2013	**507/2013**
8	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
9.1	Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	**511/2013**

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss bat die Ratsvorsitzende um eine Schweigeminute zum Gedenken an die verstorbenen ehemaligen Rats- und Ortsratsmitglieder Walter Heide, Mitglied der SPD-Fraktion im Rat, verstorben am 14.01.2013 im Alter von 65 Jahren; Günter Marten, Mitglied der CDU-Fraktion im Rat, verstorben am 12.01.2013 im Alter von 73 Jahren; Edo Irps, Mitglied der Bürgerschaft im Ortsrat Sengwarden, verstorben am 18.01.2013 im Alter von 60 Jahren sowie Oskar Kliesch, Mitglied der CDU-Fraktion im Rat, verstorben am 05.02.2013 im Alter von 86 Jahren.

Weiterhin informierte sie, dass Herr Büscher mit Wirkung vom 06.01.2013 aus der Piratenpartei aus- und zum 17.1.2013 in die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ eingetreten sei. Die Gruppe, deren Mitglied er bislang war, bleibe weiterhin bestehen und führe nun den Namen „Grüne/WBV“.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. von Teichman appellierte an die Verwaltung, den Tagesordnungspunkt 7.7.2 „Schulentwicklungsplanung 2013 – 2018“ (Vorl.-Nr. 26/2013) von der Tagesordnung zu nehmen. Nach seinem Dafürhalten könnten am heutigen Tage keine sachgerechten Entscheidungen getroffen werden.
Anschließend begründete Herr Dr. von Teichman ausführlich seinen Standpunkt.

Frau Weinstock stimmte dem zu und wies auf die weitreichenden Auswirkungen dieser Entscheidung hin. Dieses Thema sei ungeeignet, Machtpolitik zu betreiben. Vielmehr müssten alle Ratsmitglieder ihre Verantwortung wahrnehmen und einvernehmlich zu einer Lösung kommen.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, die Verwaltung habe viel Arbeit in die Schulentwicklungsplanung gesteckt und als Ergebnis zwei Varianten vorgelegt. Davon präferiere die Verwaltung die erste Variante, die Politik hingegen tendiere zu Variante zwei. Die Verwaltung habe ihre Arbeit beendet und überlasse es dem Rat, über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Herr Stoffers zeigte daraufhin die Möglichkeiten auf, die es erlaubten, mit der Vorlage nach Maßgabe der Geschäftsordnung weiter zu verfahren.

Herr Dr. von Teichman bat Oberbürgermeister Wagner nochmals dringend, die Vorlage zurückzuziehen, da ein Vertagungsantrag seiner Meinung nach ohnehin keine Mehrheit fände.

Herr Stoffers bat um Verständnis: Die Verwaltung habe den mit hohem Arbeitsaufwand erstellen Beschlussvorschlag unterbreitet. Ein Zurückziehen halte die Verwaltung daher für undemokratisch. Um dem Entscheidungsprozess nicht vorzugreifen, bleibe dieser Punkt daher auf der Tagesordnung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der soeben vorgetragenen Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 28.11.2012

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 28.11.2012 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Auf Antrag von **Herrn Dr. von Teichman** wurde die „Aktuelle Stunde“ zunächst zum Thema *„‘Mehrheitsgruppe‘ führt Wilhelmshaven ins Abseits“* durchgeführt. Dazu trug Herr Dr. von Teichman ausführlich seinen Standpunkt vor und nannte verschiedene Beispiele, die seine These untermauerten.

Herr Hellwig verwies auf die Rollenverteilung in der Demokratie und erklärte, jeder Beteiligte, ob Mehrheitsgruppe, Opposition oder Oberbürgermeister versuche seine Rolle nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen.

(Fortsetzung nächste Seite)

Ein weiterer Antrag lag seitens der UWG-Fraktion vor. Von dort wurde eine Aussprache bezüglich *„Schreiben des FB Finanzen an Hundehalter mit Androhung kostenpflichtiger Zurückweisung bei Nichtrücknahme des Widerspruchs gegen die Hundesteuerbescheide“* gewünscht.

Nachdem **Herr Walzner** in das Thema eingeführt hatte, beteiligten sich an der anschließenden sehr rege geführten Diskussion neben Herrn Walzner die **Herren Debring**, **Becker**, **Stoffers**, **Walpurgis** und **Dr. von Teichman**.

Der Disput wurde durch den einstimmig angenommenen Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Biehl** auf „Schluss der Debatte“ beendet.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Oberbürgermeister Wagner berichtete über die am 23.01.2013 stattgefundene gemeinsame Sitzung des Verwaltungsausschusses mit dem Kreisausschuss des Landkreises Friesland. Dort sei über die mögliche Projektstruktur für die Kooperation des Landkreises mit der Stadt diskutiert worden. Der Kreisausschuss habe diesem zugestimmt, seitens des Verwaltungsausschusses sei jedoch noch Klärungsbedarf angemeldet worden. Dieser werde derzeit in den Fraktionen abgearbeitet; bei neuen Ergebnissen werde er den Rat weiter unterrichten.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

6.1 Antrag der BASU-Fraktion auf Einrichtung des "gläsernen Rathauses" **522/2012**

Frau Ober-Bloibaum brachte nachfolgenden Antrag für die BASU-Fraktion und begründete diesen anschließend:

„Alle Verträge, Gutachten, Statistiken und Verwaltungsvorschriften der Stadt Wilhelmshaven und der stadteigenen Gesellschaften werden, soweit rechtlich zulässig, im Internet für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar gemacht. Zusätzlich wird zu bestimmten Themen die Möglichkeit geschaffen Anregungen und Meinungen abzugeben.“

Sie verdeutlichte, ihre Fraktion wolle den Antrag als Grundsatzantrag für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung verstanden wissen. Er sei absichtlich so allgemein gehalten, um eine kostengünstige Lösungsmöglichkeit zu eröffnen.

Frau Breuer erklärte, die Gruppe Grüne/WBV begrüße grundsätzlich den Ansatz für mehr Transparenz, vermisse jedoch einen konkreten Antragsgegenstand. Daher verstehe die Gruppe dies als Bemühung zur Verbesserung der Übersichtlichkeit der zahlreichend Informationen für die Bürger und werde den Antrag unterstützen.

Frau Weinstock machte darauf aufmerksam, dass derzeit vom Land an einem Informationsfreiheitsgesetz gearbeitet werden und mit diesem Antrag wolle die Fraktion die Landesregierung in ihren Bemühungen unterstützen.

Herr Dr. von Teichman wendete ein, dass jedoch das im Antrag erwähnte System „Liquid Friesland“ noch unausgereift und darüber hinaus rechtlich fragwürdig sei. Zudem müsse auch an die Menschen ohne Internet gedacht werden. Für ihn stelle dies keinen Fortschritt der Demokratie dar.

Herr Hellwig bat um Auskunft seitens der Verwaltung was eine solche Einrichtung die Stadt an Geld und Personalaufwand kosten werde.

Herr Biehl erinnerte an die Diskussion, die vor einigen Jahren zum Thema „Bürgerhaushalt“ geführt worden sei. Auch hier stelle sich bereits das Anfangsproblem der Beurteilung der Qualität der Vorschläge. Die Einführung eines solchen Bürgerportals halte er grundsätzlich für begrüßenswert, doch werde auch eine Lösung für die Übergangszeit bis zu einer endgültigen Einführung benötigt. Dies beanspruche aber wiederum einen gewisses Kontingent an Personal.

Herr Stoffers erklärte im Hinblick auf die Frage von Herrn Hellwig, dass eine konkrete Antwort hier nicht möglich sei aufgrund der fehlenden Beschreibung des Antragsgegenstandes. Eine Einrichtung ähnlich der von „Liquid Friesland“ benötigte in jedem Fall Personal wie auch rechtliche Kapazitäten. Dies wiederum sei erst bezifferbar, wenn detaillierte Maßnahmen bekannt würden.

Der Antrag der BASU-Fraktion wurde daraufhin bei 15 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV, BASU-Fraktion, FDP und Linke) **mehrheitlich abgelehnt**.

6.2 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Auflistung und Stopp offener Ratsbeschlüsse vor dem 2.11.2011 mit finanziellen Auswirkungen für die Gegenwart/Zukunft **503/2013**

Herr Hellwig brachte den **gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD** wie folgt ein:

> Die Verwaltung wird aufgefordert, alle Ratsbeschlüsse aus der Vergangenheit vor 02.11.2011 aufzulisten, die noch nicht abgearbeitet sind, aber finanzielle Auswirkungen für die Jahre 2013/2014 oder später haben werden.
>
> Bereits geplante Umsetzungen sind zu stoppen.

Gleichzeitig beantragte er die folgende **Änderung** dieses Antrages:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, alle Ratsbeschlüsse aus der Vergangenheit vor 02.11.2011 aufzulisten, die noch nicht abgearbeitet sind aber finanzielle Auswirkungen für die Jahre 2013/ 2014 oder später haben.

Ggf. bereits geplante Umsetzungen sind den jeweils fachlich zuständigen Ausschüssen zur erneuten Beratung vorzulegen.“

Dazu habe man sich entschlossen, um bereits laufende Projekte nicht zu beeinträchtigen.

Frau Weinstock begrüßte das Vorhaben als besonders hilfreich für die neuen Ratsmitglieder.

Nach **Herrn Dr. von Teichman** nannte auch **Herr Biehl** verschiedene Beispiele für möglicherweise betroffene Ratsbeschlüsse.
Herr Biehl schlug ergänzend eine Verweisung an die Fachausschüsse vor und bat um Information seitens der Verwaltung zu den möglichen Konsequenzen der Zustimmung zu diesem Antrag.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass sich der Vorschlag von Herrn Biehl mit dem Änderungsantrag von Herrn Hellwig decke. Damit gehe es letztlich darum, die betroffenen Beschlüsse auf ihre Sinnhaftigkeit erneut zu überprüfen und nicht, diese zu stoppen.

Herr Hellwig ergänzte, es sollten alle Ratsmitglieder auf den gleichen Wissensstand gesetzt werden, um dann vor dem Hintergrund der Haushaltslage die noch offenen Beschlüsse auf deren Umsetzbarkeit prüfen zu können.

Zwischen den **Herren Dr. von Teichman**, **Sokolowski** und **Felbier** wurde anschließend kurz das Vorgehen bezüglich beider Anträge diskutiert.

Frau Weinstock beantragte, das Wort „Stopp“ auch aus der Überschrift des Antrages bzw. der Bezeichnung des Tagesordnungspunktes zu streichen.

Herr Becker bezeichnete den von CDU und SPD eingebrachten Antrag als überflüssig, zumal alle benötigten Informationen im Ratsinformationssystem nachzulesen seien.

Herr Biehl brachte erneut seinen Antrag zur Geschäftsordnung auf **Verweisung an den zuständigen Fachausschuss** ein.
Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde bei 15 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV, BASU-Fraktion, UWG-Fraktion, FDP und Linke) **mehrheitlich abgelehnt**.

Im Anschluss entspann sich eine Diskussion über den Antrag von Frau Weinstock, in deren Folge **Herr Stoffers** darauf hinwies, dass eine Änderung der Überschrift keinen Sinn mache, da der Rat über den Antragstext beschließe und nicht über dessen Überschrift. Ein solcher Antrag sei daher nicht möglich.

Der von Herrn Hellwig vorgetragene **geänderte Antrag der Mehrheitsgruppe** wurde daraufhin bei 15 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV, BASU-Fraktion, UWG-Fraktion, FDP und Linke) **mehrheitlich angenommen.**

6.3 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Stopp Durchbau Jadeallee **508/2013**

Herr Hellwig brachte einen weiteren gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD ein:

> Die Jade-Allee wird nicht bis zum Anton-Dorn-Weg durchgebaut.
> Es werden keine EFRE-Mittel für die Öffnung des Grodendamms oder für das Vorhaben „Wiesbadenbrücke“ beantragt bzw. in Anspruch genommen.
>
> Bereits eingeleitete Maßnahmen sind zu stoppen.

Auch hier wurde von ihm unmittelbar anschließend eine **Änderung** beantragt:

„Die Jadeallee wird nicht bis zum Anton-Dorn-Weg durchgebaut.

Es werden keine Eigenmittel für das Vorhaben „Wiesbadenbrücke“ eingesetzt. Die Ziele der „Sanierungssatzung Wiesbadenbrücke“ bleiben davon unberührt und sind mit einem zukünftigen privaten Erwerber umzusetzen. Städtischerseits beantragten und/oder seitens der fördernden Institutionen bereits bewilligten Fördermittel können zur Umsetzung der o.g. Satzung eingesetzt werden.

Ggf. bereits geplante Umsetzungen sind den jeweils fachlich zuständigen Ausschüssen zur erneuten Beratung vorzulegen.“

Herr Biehl zeigte sich irritiert hinsichtlich des Antragsgegenstandes. Durch die Ausstrahlung der Folgen für die Zukunft sehe er hier nicht zuletzt auch Probleme mit dem Land auf die Stadt zukommen. Er bitte, zunächst die Konsequenzen zu bedenken, bevor derartiges beantragt werde. Die Gruppe werde den Antrag daher ablehnen.

Herr Kottek legte dar, es sei bislang Praxis gewesen, wegen der möglichen Zuschüsse immer möglichst viel zu beantragen. Eine Abgabe an Private halte er jedoch aufgrund der Folgen für die Stadt für bedenklich.

Herr Hellwig wendete ein, dass auch bei einer Bezuschussung durch das Land der von der Stadt geforderte Restbetrag angesichts der Haushaltslage schwer aufzubringen sei. Der Antrag stelle daher eine Lösung dar, bei der die Stadt nicht auf ihre leeren Kassen zurückgreifen müsse.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Frau Weinstock** erklärte **Herr Kottek**, dass die Stadt die Mittel für den „Banter Park“ bei einer Bezuschussung der Wiesbadenbrücke selbst aufbringen müsse.

Herr Biehl beantragte daraufhin die **Verweisung an den Ausschuss für Planen und Bauen** als den zuständigen Fachausschuss mit dem entsprechenden Hintergrundwissen.
Dieser Antrag wurde jedoch bei 15 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV, BASU-Fraktion, UWG-Fraktion, FDP und Linke) **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Dr. von Teichman bezeichnete die Ergänzung als unsinnig und begründete seine Auffassung. Er appellierte, den Antrag zurückzuziehen.

Auf Bitten von **Herrn Becker** erläuterte **Herr Kottek** den Sachverhalt:
Eine Bezifferung des möglichen Verlustes sei zunächst einmal nicht ohne weiteres möglich, da noch nicht bekannt ist, was bewilligt werde. Er gehe jedoch von einer Bruttosumme von 4 – 5 Mio. € aus, die für Projekte auf der Wiesbadenbrücke, aber auch für den Bereich der Banter Kaserne zur Verfügung stehen könnten.
Einen Beschluss zum Durchbau des Anton-Dorn-Weges gebe es übrigens nicht.
Desweiteren beinhalte der Antrag seiner Meinung nach widersprüchliche Angaben. Solle das Thema im Ausschuss für Planen und Bauen beraten werden, so müsse der Beratungsgegenstand genauer definiert werden.

Herr Stoffers informierte bezüglich einer entsprechenden Nachfrage von **Frau Weinstock**, dass für eine Beschlussfassung des Rates einzig die Vorbereitung des Antrages durch den Verwaltungsausschuss zwingend vorgeschrieben sei, welches am 11.02. auch erfolgt sei.

Der Antrag von Herrn Sokolowski auf Sitzungsunterbrechung wurde bei 15 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV, BASU-Fraktion, UWG-Fraktion, FDP und Linke) **mehrheitlich abgelehnt**.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, erfolgte die Abstimmung über den geänderten Antrag der Fraktionen CDU und SPD:

Der durch den Änderungsantrag von Herrn Hellwig ergänzte **gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU und SPD** wurde bei 16 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV, BASU-Fraktion, UWG-Fraktion, FDP, Linke und Oberbürgermeister Wagner) **mehrheitlich angenommen**.

Anschließend wurde die Sitzung von der Ratsvorsitzenden für eine Pause von 17.55 Uhr bis 18.10 Uhr unterbrochen.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

7.1.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **5/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 11.02.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich verwundert, wie das RNK vor dem Hintergrund des immensen Defizits in der Lage sei zu spenden.

Herr Stoffers erläuterte daraufhin die Arbeit des Projektes „Frühe Hilfen". Die Spende sei somit in erster Linie als Marketingvorgang zu verstehen.

Auf Antrag von **Herrn Dr. von Teichman** erfolgte die **getrennte Abstimmung** der Beschlussvorlage:

Ziff. 1
Beschluss: einstimmig zugestimmt

Ziff. 2
Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 2 Gegenstimmen: FDP sowie Herr Walzner, UWG-Fraktion)

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Geldspende(n):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Werner-Brune-Stiftung Wilhelmshaven/Bad Lauterberg	16.500,00 €	Besuchsdienst der Altenhilfe der Stadt Wilhelmshaven
2. RNK gGmbH, vertreten durch den Ärztlichen Direktor, Herrn Dr. Liebner, Friedrich-Paffrath-Str. 100, 26389 Wilhelmshaven	15.000,00 €	Für das Projekt „Frühe Hilfen in der Stadt Wilhelmshaven" des Jugendamtes der Stadt Wilhelmshaven

7.1.2 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2009 - 2011 **22/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 11.02.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich zufrieden mit dem vorgelegten Bericht. Dieser gebe eine interessante Übersicht über alle wichtigen Vorgänge in den Gesellschaften; zeige aber auch, an welchen Stellen mit Schwierigkeiten zu rechnen sei.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den vorgelegten Beteiligungsbericht 2012, mit den Jahresabschlüssen 2009 – 2011, in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

7.1.3 Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2013 **2/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 11.02.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman machte darauf aufmerksam, wie an diesem Papier das Vorankommen der Bemühungen zur Haushaltssanierung der früheren Jahre abzulesen sei. Dieser Prozess sei noch lange nicht abgeschlossen. Leider hätten es Verwaltung und Rechnungsprüfungsamt versäumt, die hohe Nachbewilligung für das Reinhard-Nieter-Krankenhaus aufzuführen, was seines Erachtens dringend notwendig sei.

Herr Biehl zeigte sich verwundert, dass bei den Stellungnahmen der Verwaltung zu den Anmerkungen des Rechnungsprüfungsamtes immer wieder Personalprobleme aufgeführt worden seien. Ihm stelle sich dann die Frage, wie der Oberbürgermeister ohne ausreichende Personaldichte die großen Umstrukturierungen schaffen wolle.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2013 sowie die zugehörige Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

7.1.4 Abberufung des bisherigen Aufsichtsratsmitgliedes der Ostfriesland Tourismus GmbH und Entsendung eines neuen Mitgliedes **27/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 11.02.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft Herrn Raymond Kiesbye als Mitglied des Aufsichtsrates der Ostfriesland Tourismus GmbH zum 28.02.2013 ab.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven entsendet mit Wirkung vom 01.03.2013 als neues Mitglied des Aufsichtsrates Herrn Michael Diers.
3. Die Stellvertreterin für das entsandte Aufsichtsratsmitglied bleibt – wie bisher – Frau Gunda Rosenboom (vorher: Frau Gunda Ufkes).

7.1.5 Abberufung eines Mitglieds des Beirats „Marketing“ der Ostfriesland Tourismus GmbH und Benennung eines neuen Mitgliedes **28/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 11.02.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft Herrn Raymond Kiesbye als Mitglied des Beirats „Marketing“ der Ostfriesland Tourismus GmbH zum 28.02.2013 ab.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven benennt als neues Mitglied mit Wirkung vom 01.03.2013 Herrn Michael Diers.
3. Weiteres Mitglied des Beirates bleibt – wie bisher – Herr Dr. Graul.

7.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen
(Beigeordneter Becker)

7.2.1 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Horst Erbe **9/2013**

Herr Becker trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 28.01.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der stellvertretende Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Rüstringen, Herr Horst Erbe, wird mit sofortiger Wirkung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)

7.3.1 Bebauungsplan Nr. 149 / 1. Änderung - Nordhafen Neu - Aufstellungsbeschluss **12/2013**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 29.01.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 149 / 1. Änderung** – Nordhafen neu - gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.2 Bebauungsplan Nr. 143 - Forschungswindpark Anzetel - Erneuter Aufstellungsbeschluss **15/2013**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 29.01.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 143 FORSCHUNGSWINDPARK ANZETEL** gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.4 Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Ratsherr Reese)

7.4.1 Personelle Besetzung des Behindertenbeirates **14/2013**

Herr Reese trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24.01.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stellt die personelle Besetzung des Behindertenbeirates ab dem 01.01.2013 wie folgt fest:

Institution	**Name, Vorname**	**Hinweis**
Wilhelmshavener Kinderhilfe	Ehrhardt, Heike	
Gesellschaft f. paritätische Sozialarbeit	Gastmann, Sabine	
Blindenverein WHV / FRI e. V.	Kiewitt, Manuela	
Sozialverband Deutschland	Janneck, Udo	
Agentur für Arbeit	Bormann, Karl	
VdK Sozialverband	Schäfer, Walther	
Freundeskreis d. Körperbehinderten	Heckmann, Siegfried	
Interessengemeinschaft behinderter Menschen in der Selbsthilfe	Dr. Schwindt, Peter	
Institution	**Name, Vorname**	**Hinweis**
Interessengemeinschaft behinderter Menschen in der Selbsthilfe	Michaelis, Christa	
Vorsitzender des SoG	Reese, Uwe	Beratende Stimme
Fachbereich Soziales	Koch, Michael	Beratende Stimme

7.5 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Beigeordneter Veh)

7.5.1 Information zur Übertragung des städtischen Infrastrukturvermögens sowie der Grünflächen auf den Eigenbetrieb TBW **1/2013**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 08.02.2013 vor.

Herr Valnion erläuterte kurz die Ursachen für die Wertveränderungen der Restbuchwerte sowie die Folgen für die Bilanz.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der bisher im Rahmen der Übertragung des Infrastrukturvermögens sowie von unbebauten Grundstücken (Grünflächen) auf den Eigenbetrieb TBW mitgeteilte Restbuchwert zum 31.12.2011 (vgl. BV 139/2012) beträgt rd. 81,62 Mio. €.

7.6 Jugendhilfeausschuss (Ratsfrau Klee)

7.6.1 Änderung der Staffelung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten-plätze **4/2013**

Frau Klee trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 30.01.2013 vor.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Herr Stoffers**, diese Änderung habe keinerlei rechtlichen Auswirkungen, sondern diene ausschließlich der Vereinfachung. Die Anwendung bleibe unverändert.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Änderung der Staffelung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

7.7 Schulausschuss (Ratsfrau Will)

7.7.1 Regionaler Pakt für berufliche Bildung **3/2013**

Frau Will trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 07.02.2013 vor und machte auf die Bedeutung dieses Paktes aufmerksam.

Herr Dr. von Teichman hielt es für begrüßenswert, dass nunmehr ein derartiges Papier verabschiedet werde. Seitens der Wirtschaft bestehe bereits seit vielen Jahren der Wunsch nach engerer Zusammenarbeit. Aufgrund des jahrelangen „nebeneinander-her-Agierens" der Gebietskörperschaften, besonders auf dem Gebiet der beruflichen Bildung, sei es in einigen Bereichen vermutlich nicht einfach, Veränderungen herbeizuführen. Er zeige sich jedoch hinsichtlich der Umsetzung optimistisch und hoffe auf ein gutes Vorankommen.

Herr Biehl verdeutlichte anhand eines Beispiels die sich aus diesem Pakt ergebenden Vereinfachungen.
Dennoch zeige er sich verwundert, dass die der Beschlussvorlage ursprünglich beigefügte Anlage 1 mit dem Versuch einer räumlichen Aufteilung der Berufsschulen nunmehr wieder entfernt worden sei. Auch wenn es scheinbar noch Klärungsbedarf gegeben habe, bitte er, diesen nicht gänzlich entfallen zu lassen.

Herr Möhle erklärte, man sei bereits seit langer Zeit mit der Erstellung eines solchen Paktes beschäftigt. Umso erfreulicher sei es, dass diese Bemühungen endlich zu einem Abschluss geführt werden könnten. In diesem Zusammenhang wolle er der Verwaltung für die Erarbeitung der Beschlussvorlage loben. Bedauerlicherweise sei die besagte Anlage von der Beschlussfassung ausgenommen. Aus diesem Grunde **beantrage** er für die Fraktionen von CDU und SPD, den **Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen**:

„Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb eines Jahres die Anlage 1 mit den Spezialberufen über die zukünftigen Standorte der beruflichen Beschulung vorzulegen."

Herr Biehl zeigte sich skeptisch, da mit der Ergänzung die Beteiligten unnötig unter Druck gesetzt würden. Er bitte daher um Auskunft, ob derartiges im Vorfeld bereits abgesprochen worden sei.

Herr Dr. Graul erklärte, die Verwaltung sehe kein Problem darin, die Anlagen aufgrund weiteren Beratungsbedarfs zurückzustellen. Der Arbeitsauftrag aus dem Beschlussvorschlag sehe ohnehin die Konstituierung des darin vorgesehenen Kreises noch in diesem Jahr vor. Im Zuge dessen seien auch die noch offenen Fragen zu diskutieren. Er zeige sich daher optimistisch, dass ein für alle akzeptables Ergebnis vorgelegt werde.

Die Anfrage von **Frau Weinstock** nach den Kosten konnte nicht beantwortet werden, da noch keine Zahlen vorlagen.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über den **Änderungsantrag von Herrn Möhle**:

Die Ergänzung des Beschlussvorschlages

„Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb eines Jahres die Anlage 1 mit den Spezialberufen über die zukünftigen Standorte der beruflichen Beschulung vorzulegen.“

wurde **einstimmig** bei 2 Enthaltungen (FDP; Frau Biester, CDU-Fraktion) angenommen.

Damit wurde der Beschlussvorschlag um den beantragten Zusatz ergänzt und lautet wie folgt:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –
(bei 2 Enthaltungen: FDP; Frau Biester, CDU-Fraktion)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Abschluss eines „Paktes für berufliche Bildung“ zwischen den Wirtschaftsverbänden, den Berufsbildenden Schulen und den Schulträgern in Wilhelmshaven und Friesland zu.
Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb eines Jahres die Anlage 1 mit den Spezialberufen über die zukünftigen Standorte der beruflichen Beschulung vorzulegen.

7.7.2 Schulentwicklungsplanung 2013 - 2018 **26/2013**

Frau Will trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 07.02.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman beantragte die **Vertagung dieses Tagesordnungspunktes** aufgrund weiteren Klärungsbedarfs. Nachdem er einige Beispiele dafür angeführt hatte, sprach er sich dafür aus, die Thematik besser im Schulausschuss noch einmal in Ruhe zu besprechen.

Herr Biehl stimmte dem zu. Ergänzend dazu bar er, im Ausschuss auch alle betroffenen Schulen anzuhören, da scheinbar immer neue Fragestellungen auftauchten.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass aufgrund der Entwicklung in den letzten Tagen ein Vertagen oder eine Verweisung sinnvoll erscheinen ließen. Die Verwaltung werde sich beiden Alternativen keinesfalls entziehen.
Er stelle daher den **Änderungsantrag**, diesen Tagesordnungspunkt wegen seiner monetären Auswirkungen **an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu verweisen.**

Herr Dr. von Teichman zeigte sich damit einverstanden, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass Schulpolitik nicht in erster Linie fiskalisch betrachtet werden dürfe. Es gehe vielmehr um die Bildung der jungen Menschen. Daher gehöre dieser Punkt auch in den Schulausschuss wie auch in den Unterausschuss.
Er ändere seinen Geschäftsordnungsantrag daher ab in Vertagung und Verweisung an die zuständigen Fachausschüsse.

Oberbürgermeister Wagner bat daraufhin um eine 10-minütige Sitzungsunterbrechung für weitere Beratungen.

Die Sitzung wurde daraufhin von **19.05 Uhr bis 19.20 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erklärte **Oberbürgermeister Wagner**, dass es aufgrund der komplexen Ausgangslage zu diesen verschiedenen Änderungsanträgen gekommen sei, deren Ansinnen eine Vertagung sowie die Verweisung sei.

In der anschließenden Abstimmung wurde der **Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. von Teichman** auf **Verweisung an Schul- und Finanzausschuss**, um die bereits vorliegenden Änderungsanträge ordentlich abzuarbeiten **mehrheitlich abgelehnt** (bei 15 Ja- Stimmen: Gruppe Grüne/WBV, BASU-Fraktion, UWG-Fraktion, FDP und Linke).
Der **Geschäftsordnungsantrag von Oberbürgermeister Wagner** auf **Verweisung an den Finanzausschuss**, um über das weitere Vorgehen zu entscheiden, wurde ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt** (bei 16 Ja- Stimmen: Oberbürgermeister Wagner, Gruppe Grüne/WBV, BASU-Fraktion, UWG-Fraktion, FDP und Linke).

Herr Biehl beantragte eine **namentliche Endabstimmung** der Beschlussvorlage.

Auf Nachfrage von **Herrn Föhlinger** erklärte **Herr Stoffers**, dass laut Geschäftsordnung auf Antrag von mindestens einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder namentlich abzustimmen sei.

Der Antrag von Herrn Biehl auf namentliche Abstimmung fand mit 15 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP und Linke) die **erforderliche Mehrheit**.

Im Anschluss erfolgten die Diskussion sowie die Abstimmung der einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages jeweils getrennt:

1 Grundschulen
Ziffer 1.1
Aufhebung der Grundschule Sengwarden zum 01.08.2013 und Zuordnung des Schulbezirks zur Grundschule Finkenburgschule.

Herr Möhle ging auf die Gründe für die zahlreichen Änderungsanträge von CDU- und SPD-Fraktion ein. Die Änderungen seien nicht voreilig eingereicht worden, sondern mit Bedacht gewählt. Die Verwaltung präferiere Variante 1 des Konzeptes, nämlich das, was mit der Beschlussvorlage heute vorgelegt werde, die Mehrheitsgruppe tue dies eben nicht.
Daher bringe er hier den ersten **Änderungsantrag** für die Mehrheitsgruppe der Fraktionen CDU und SPD ein:
„Es erfolgt keine Aufhebung der Grundschule Sengwarden zum 01.08.2013. Die GS Sengwarden wird weitergehführt, solange gesicherte einzügige Einschulungsjahrgänge das Angebot nachfragen. Konzepte für einen jahrgangsübergreifenden Unterricht werden nicht unterstützt."

Herr Biehl wies auf den erhöhten Kostenbedarf dieser Änderung hin. Die Verwaltung sei jedoch aufgrund der Haushaltslage gezwungen, in die Nähe eines genehmigungsfähigen Haushaltes zu kommen. Der Rat solle heute vielmehr die politische Verantwortung übernehmen und Ziffer 1 der Beschlussvorlage folgen.

Herr Dr. von Teichman bedauerte, dass eine Vertagung nicht habe erreicht werden können. Nun solle hier ein seiner Ansicht nach unausgegorenes Programm durchgezogen werden. Dennoch halte er es nach wie vor nicht richtig, das Thema unter fiskalischen Gesichtspunkten zu betrachten und den Sparhebel bei den Schulen anzusetzen.
Er stelle somit den **Änderungsantrag:** *„Die Grundschule Sengwarden wird nicht aufgehoben."* Diesen begründete Herr Dr. von Teichman anschließend ausführlich.

Frau Weinstock bemängelte zunächst, dass die Schulentwicklungsplanung über die Köpfe der Arbeitsgruppe hinweg an die Presse gelangt sei. Desweiteren wolle sie darauf aufmerksam machen, dass Lehrkräfte nicht pro Klasse, sondern pro Schüler eingesetzt würden. Kleine Schulen würden daher benachteiligt. Sie plädiere daher für die Überführung der GS Sengwarden in die Finkenburgschule.

Herr Walpurgis erklärte, in Sengwarden bestünde immer noch eine gesicherte Einzügigkeit. Seine Fraktion plädiere dafür, die Schule zu erhalten.

Herr Hellwig wendete ein, es gehe nicht allein darum, ein Zahlenwerk in Ordnung zu bekommen. Es müsse besonders das Wohl der Schüler im Auge behalten werden. Sengwarden sei darüber hinaus ein attraktiver Ortsteil, der seine Grundschule so lange wie möglich behalten müsse.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, erfolgte die Abstimmung über die Änderungsanträge. Da der Änderungsantrag von Herrn Möhle der weitergehende war und der von Dr. von Teichman vom Inhalt das Gleiche besagte, erfolgte die Abstimmung nur über den Änderungsantrag von Herrn Möhle für die Mehrheitsgruppe.

Der von **Herrn Möhle** für die Mehrheitsgruppe eingebrachte **Änderungsantrag**
„Es erfolgt keine Aufhebung der Grundschule Sengwarden zum 01.08.2013. Die GS Sengwarden wird weitergeführt, solange gesicherte einzügige Einschulungsjahrgänge das Angebot nachfragen. Konzepte für einen jahrgangsübergreifenden Unterricht werden nicht unterstützt."
wurde daraufhin bei 11 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV-ohne Frau Linsen-Steiner-; BASU-Fraktion sowie Oberbürgermeister Wagner) und 1 Enthaltung (Frau Linsen-Steiner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) **mehrheitlich angenommen**.

Ziffer 1.1 des Beschlussvorschlages lautet nunmehr wie folgt:

Es erfolgt keine Aufhebung der Grundschule Sengwarden zum 01.08.2013. Die GS Sengwarden wird weitergehführt, solange gesicherte einzügige Einschulungsjahrgänge das Angebot nachfragen. Konzepte für einen jahrgangsübergreifenden Unterricht werden nicht unterstützt.

Oberbürgermeister Wagner informierte, dass er aufgrund der Länge der Diskussion den **Tagesordnungspunkt 12 absetze** und auf die nächste Sitzung verschiebe.

Ziffer 1.2
Aufhebung der Grundschulen Peterstraße, Siebethsburg und Kirchreihe zum 01.08.2014.

Herr Möhle brachte einen weiteren **Änderungsantrag** der Mehrheitsgruppe ein und begründete diesen anschließend:
„Aufhebung der GS Kirchreihe zu 01.08.2014 und Zusammenlegung mit der GS Mühlenweg am Standort Schellingstraße 15.
Umzug der GS Mühlenweg in das Gebäude Schellingstraße 17, nach Sanierung zum 01.08.2015."

Frau Linsen-Steiner stellte in einem anschaulichen Vortrag die Vorteile der Verwaltungslösung den Nachteilen aus dem Antrag der Mehrheitsgruppe gegenüber. Sie bat dringend, den Antrag noch einmal zu überdenken.

Oberbürgermeister Wagner signalisierte, er werde sich bei der Abstimmung enthalten, da drei seiner Kinder betroffen seien.

Anschließend brachte auch **Herr Dr. von Teichman** einen Änderungsantrag mit nachfolgender Begründung ein:

„Die Grundschulen Peterstraße, Siebethsburg und Kirchreiche werden nicht aufgehoben."

Herr Biehl merkte an, inhaltlich seien kleinere Grundschulen immer besser als große. Jedoch habe der Rat 2011 im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes der Erstellung dieser Schulentwicklungsplanung zugestimmt. Es widerstrebe ihm, das Thema fiskalisch anzugehen, doch müsse bedacht werden, dass bei Ablehnung der Beschlussvorlage die entsprechenden Einsparungen im Haushalt nicht zu erzielen seien und der Haushalt damit nicht genehmigungsfähig werde. Falls dem so sein werde, prophezeie er eine erneute Diskussion zu diesem Thema.
Im Übrigen stehe als Folge der Ablehnung des Verwaltungsvorschlages zu befürchten, dass ein Gebäude leer stehe und der Stadt finanziell zur Last falle. Die Gruppe werde daher dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Herr Hellwig erklärte, die Stadt habe ein Haushaltsproblem und müsse zudem auf den zunehmenden demografischen Wandel reagieren. Um dem Rechnung zu tragen, sei das letzte Haushaltssicherungskonzept verabschiedet worden. Durch Zusammenlegung von Schulen könnten verschiedene Probleme quantitativer wie auch qualitativer Art gelöst werden. Eine Lösung stelle die Schaffung einer Schule in zentraler Lage dar. Um dies zu erreichen, müsse bei Schulschließungen strategisch vorgegangen werden.

Herr Becker verlieh seinem Unverständnis gegenüber dem Vorgehen der Mehrheitsgruppe Ausdruck. Für ihn habe es den Anschein, als ob die Fraktionen von CDU und SPD die Abstimmungsmehrheiten aus dem Schulausschuss zur Durchsetzung eigener Interessen übergingen. Er vermisse zudem ein Finanzkonzept für die hier von der Mehrheitsgruppe vorgeschlagenen Änderungen. Deren Umsetzung koste mehr Geld als ursprünglich vorgesehen. Die Gruppe hingegen stehe zu ihrer politischen Verantwortung und stimme der Beschlussvorlage zu.

An der weiteren Diskussion um die Auswirkungen der Änderungsanträge und die Notwendigkeit einer fachlichen Diskussion im Rat beteiligten sich die **Herren Oberbürgermeister Wagner**, **Dr. von Teichman**, **Hellwig**, **Walpurgis** und **Harms** sowie **Frau Weinstock** und **Frau Ober-Bloibaum**.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass die Klassen in der Schellingstraße 15 nicht aufgenommen werden könnten und ein zweimaliger Umzug für die Kinder nicht zumutbar sei.

Auch hier wurde ausschließlich über den Änderungsantrag der Mehrheitsgruppe als dem inhaltlich am weitestgehenden abgestimmt.
Dem von Herrn Möhle für die **Mehrheitsgruppe** eingebrachten **Änderungsantrag**
„Aufhebung der GS Kirchreihe zu 01.08.2014 und Zusammenlegung mit der GS Mühlenweg am Standort Schellingstraße 15.
Umzug der GS Mühlenweg in das Gebäude Schellingstraße 17, nach Sanierung zum 01.08.2015."
wurde mehrheitlich bei 15 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP und Linke) und 1 Enthaltung (Oberbürgermeister Wagner) **mehrheitlich zugestimmt.**

Ziffer 1.2 des Beschlussvorschlages lautet nunmehr wie folgt:

Aufhebung der GS Kirchreihe zu 01.08.2014 und Zusammenlegung mit der GS Mühlenweg am Standort Schellingstraße 15.
Umzug der GS Mühlenweg in das Gebäude Schellingstraße 17, nach Sanierung zum 01.08.2015.

Ziffer 1.3
Errichtung der Grundschule Stadtmitte am Standort tom-Brok-Straße 15 zum aus den Schulbezirken der Grundschulen Peterstraße, Siebethsburg und Kirchreihe, Neubeordnung des Schulbezirks der bisherigen Grundschule Peterstraße zugunsten der Grundschulen Stadtmitte und Hafenschule, Renovierung des Schulgebäudes tom-Brok-Straße 15 bis zum 01.08.2014.

Herr Möhle brachte folgenden **Änderungsantrag für die Fraktionen CDU und SPD** ein:
„Aufhebung der GS Siebethsburg und GS Peterstraße und Zusammenführung in der „GS Stadtmitte“ im Gebäude Störtebekerstraße 49, nach Auszug der Förderschule und Renovierung, zum 01.08.2018.“

Der erneute Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung von **Herrn Sokolowski** als unzulässig abgewiesen, da darüber bereits abgestimmt worden sei.

Herr Prof. Reuter ergänzte, der Rat habe im Übrigen im letzten Haushaltssicherungskonzept gegenüber der Kommunalaufsicht den Abbau von Schulräumen zugesagt; das Thema sei daher kein neues.

Frau Weinstock stimmte dem zu und riet dringend davon ab, die Förderschulen auf einen Campus gemeinsam mit anderen Schulformen zu bringen. Es könne keine Rede von Inklusion sein, Kinder aus völlig verschiedenen Gegebenheiten hier zusammenzubringen. Inklusion bedeute gemeinsame Beschulung von Anfang an. Sie appellierte an die Mehrheitsgruppe diesen Schritt noch einmal genau zu überdenken.

Frau Linsen-Steiner machte auf die Notwendigkeit der besonderen Betreuung für die Kinder der Wasserturmschule aufmerksam.

Herr Debring hielt die geführte Diskussion für übertrieben: Im Vorschlag der Verwaltung seien zwei verschiedene Varianten enthalten gewesen, von denen sich die Verwaltung für die eine, die Mehrheitsgruppe jedoch für die andere entschieden habe. Dennoch sei das Thema damit nicht beendet, sonder sei aufgrund der enthaltenen Dynamik im Laufe der Zeit den aktuellen Gegebenheiten immer wieder anzupassen. Seiner Meinung nach könnten übrigens durch das Nebeneinander verschiedener Schulformen auch Berührungsängste gut abgebaut werden.

Frau Will wies darauf hin, dass die bestehende Handlungsnotwendigkeit unbestritten bestehe und daher entsprechende Entscheidungen zu treffen seien. Das Vorgehen sei durch die Verflechtung der einzelnen Punkte jedoch nicht einfach zu handhaben.
Bezüglich der Förderschulen wolle sie sich vor dem Hintergrund der Forderungen nach Inklusion, wie auch aus eigener Erfahrung für einen Bildungscampus aussprechen. Sie sehe die Thematik eher unproblematisch, da ihrer Einschätzung nach die dargestellten Probleme gar nicht entstünden. Abschließend betone sie nochmals, dass es im Sinne der Inklusion möglich sein müsse, verschiedene Schulformen an einem Ort zusammenzufassen.

Herr Möhle erklärte, die Verwaltung habe sich mit der Ausarbeitung der Beschlussvorlage viel Mühe gegeben. Dabei habe man dort der heute vorgelegten Variante 1 den Vorzug gegeben. Die Änderungsanträge der Mehrheitsgruppe führten wiederum zu nichts anderem als der Variante 2 und damit ebenfalls einem Vorschlag der Verwaltung.

Herr Biehl hielt dem entgegen, dass als Basis für den Entwurf der Beschlussvorlage zum Beispiel aber unter anderem die Erfahrungen der Wasserturmschule gedient hätten. Er rate hier dringend, mit den Betroffenen zu sprechen.

Herr Becker zitierte aus dem Wahlkampfprogramm der CDU, laut dem die Standorte der Förderschulen gesichert werden sollten.

Herr Hellwig hielt dem entgegen, Demokratie heiße auch, auf Veränderungen von Rahmenbedingungen flexibel zu reagieren.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, erfolgte die **Abstimmung** über den von Herrn Möhle für die Mehrheitsgruppe eingebrachten Änderungsantrag:

„Aufhebung der GS Siebethsburg und GS Peterstraße und Zusammenführung in der „GS Stadtmitte“ im Gebäude Störtebekerstraße 49, nach Auszug der Förderschule und Renovierung, zum 01.08.2018.“

Der Antrag wurde bei 16 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP; Linke und Oberbürgermeister Wagner) **mehrheitlich angenommen.**

Ziffer 1.3 des Beschlussvorschlages lautet nunmehr wie folgt:

Aufhebung der GS Siebethsburg und GS Peterstraße und Zusammenführung in der „GS Stadtmitte“ im Gebäude Störtebekerstraße 49, nach Auszug der Förderschule und Renovierung, zum 01.08.2018.

Durch die vorgenommenen Änderungen des Beschlussvorschlages in Ziffer 1.1 bis 1.3 erübrigt sich Ziffer 1.4 („Umzug der Grundschule Mühlenweg zum Herbst 2013 in das Gebäude Schellingstr. 17,Sanierung des Schulgebäudes Schellingstr. 15 und Rückzug der Grundschule Mühlenweg in das Gebäude Schellingstraße 15 zum 01.08.2015.“).
Die Ziffer 1.4 des Beschlussvorschlages entfällt damit.

---

2 Förderschulen
Ziffer 2.1
Zusammenlegung der Förderschulen Wasserturmschule und Herbartschule im Gebäude der Förderschule Wasserturmschule, Störtebekerstr.49 zum 01.08.2016.

Herr Möhle trug einen weiteren **Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD** vor:
„Zusammenlegung der Förderschulen Wasserturm und Herbart am Standort Schellingstraße 15, nach erfolgter Sanierung, zum 01.08.2017.“

Herr Büscher äußerte Bedenken gegenüber der beantragten Änderung hinsichtlich Finanzierbarkeit und Standort.

Herr Dr. von Teichman appellierte, sich zu diesem Thema einmal die Einschätzung von Experten anzuhören.

Oberbürgermeister Wagner hielt den Umzug der Schüler aus der Störtebekerstraße 49 für überflüssig, da es die Möglichkeit gebe, den Schülern diesen Umzug nicht zuzumuten, indem die Schule die Schüler aus der Herbartschule in der Störtebekerstraße aufnehmen könnte. Wie auch bei den Grundschulen sollte man den Kindern nur das Notwendigste zumuten.

Anschließend wurde der von Herrn Möhle für die Fraktionen CDU und SPD eingebrachte **Änderungsantrag** bei 16 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP; Linke und Oberbürgermeister Wagner) **mehrheitlich angenommen.**

Ziffer 2.1 des Beschlussvorschlages lautet nunmehr wie folgt:

Zusammenlegung der Förderschulen Wasserturm und Herbart am Standort Schellingstraße 15, nach erfolgter Sanierung, zum 01.08.2017.

Ziffer 3 Oberschule Stadtmitte

*„**3.1** Organisatorische Zusammenlegung der Realschule Freiherr-vom-Stein-Schule und der Hauptschule Bremer Straße zur Oberschule Stadtmitte zum 01.08.2014, vorübergehende Beschulung an 2 Standorten, Sanierung des Schulgebäudes Schellingstraße 17 (ohne Umbau der Naturwissenschaftlichen Räume) zum 01.08.2016,*

***3.2** Räumliche Zusammenlegung der Oberschule Stadtmitte im Schulgebäude Schellingstraße 17 zum 01.08.2016, vorübergehende Nutzung von Schulcontainern bzw. Schulräumen im Schulgebäude Mühlenweg 59.“*

Herr Möhle beantragte für die Mehrheitsgruppe aus CDU- und SPD-Fraktion folgende Änderung:
„Organisatorische Zusammenlegung der RS Freiherr-vom-Stein und der HS Bremerstraße zum 01.08.2014.
Räumliche Zusammenlegung der RS Freiherr-vom-Stein und der HS Bremerstraße am Standort Paul-Hug-Straße 43, sobald ein bedarfsgerechtes Raumprogramm erstellt ist und die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind.“

Herr Möhle trug außerdem folgende **ergänzende Information** der beiden Fraktionen vor:
„Die Fraktionen von SPD und CDU präferieren die räumliche Zusammenlegung am Standort Paul-Hug-Straße 43. Da mit diesem Beschluss keine Bereitstellung von Geldmitteln verbunden ist, sind die Fraktionen von SPD und CDU bereit, bei Vorlage einer entsprechenden Wirtschaftlichkeitsberechnung der Verwaltung ihre bisherige Position hinsichtlich des Standortes der „Oberschule Stadtmitte“ zu überprüfen.“

Herr Biehl erklärte, er hätte sich den Zusatz auch für die übrigen Änderungsanträge gewünscht.

An der sich anschließenden Diskussion über die Machbarkeit und Finanzierbarkeit der beantragten räumlichen Zusammenlegung beteiligten neben **Frau Weinstock** und **Frau Biester** die **Herren Sokolowski**, **Dr. von Teichman**, **Prof. Reuter**, **Debring**, **Oberbürgermeister Wagner**, **Kunze**, **Hellwig**, **von den Berg** und **Möhle**. Besonders stand die Größe des von der Mehrheitsgruppe präferierten Standortes Paul-Hug-Straße im Mittelpunkt der Debatte.

Auf Bitten von **Herrn Becker** erläuterte **Herr Dr. Graul** die Unterschiede der beiden Varianten: Die von der Verwaltung vorgelegten beiden Varianten lägen kostenmäßig gleich auf und seien beide durchsetzbar wie realisierbar. Das mit

Hilfe der Änderungsanträge der Mehrheitsgruppe vorgestellte Modell entspräche jedoch nicht Variante 2 des Verwaltungsvorschlages, sondern enthalte weitere Änderungen.
Anschließend verdeutlichte Herrn Dr. Graul dies an den Planungen zur räumlichen Verteilung bei der Oberschule nach Verwaltungsvorschlag und im Gegensatz dazu die Möglichkeiten aufgrund des Änderungsantrages.

Bei der folgenden Abstimmung über den von Herrn Möhle für die Mehrheitsgruppe eingebrachten **Änderungsantrag**
„Organisatorische Zusammenlegung der RS Freiherr-vom-Stein und der HS Bremerstraße zum 01.08.2014.
Räumliche Zusammenlegung der RS Freiherr-vom-Stein und der HS Bremerstraße am Standort Paul-Hug-Straße 43, sobald ein bedarfsgerechtes Raumprogramm erstellt ist und die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind.“
ergab sich bei 16 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP; Linke und Oberbürgermeister Wagner) eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Ziffer 3 des Beschlussvorschlages lautet nunmehr wie folgt:
3.1 *Organisatorische Zusammenlegung der RS Freiherr-vom-Stein und der HS Bremerstraße zum 01.08.2014.*

3.2 *Räumliche Zusammenlegung der RS Freiherr-vom-Stein und der HS Bremerstraße am Standort Paul-Hug-Straße 43, sobald ein bedarfsgerechtes Raumprogramm erstellt ist und die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind.*

(inklusive ergänzender Information:
„Die Fraktionen von SPD und CDU präferieren die räumliche Zusammenlegung am Standort Paul-Hug-Straße 43. Da mit diesem Beschluss keine Bereitstellung von Geldmitteln verbunden ist, sind die Fraktionen von SPD und CDU bereit, bei Vorlage einer entsprechenden Wirtschaftlichkeitsberechnung der Verwaltung ihre bisherige Position hinsichtlich des Standortes der „Oberschule Stadtmitte“ zu überprüfen.“)

Ziffer 4 Oberschule Nord
4.1 *Organisatorische Zusammenlegung der Realschule Marion-Dönhoff-Schule und der Hauptschule Nogatstraße zur Oberschule Nord zum 01.08.2014, vorübergehende Beschulung an 2 Standorten.*

4.2 *Räumliche Zusammenlegung der Oberschule Nord am Standort Warthestraße / Salzastraße sobald ein bedarfsgerechtes Raumprogramm vorliegt und die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind.*

Herr Biehl beantragte, das Datum für die organisatorische Zusammenlegung vom 01.08.2014 *auf den 01.08.2016* zu verlegen.

Nachdem **Herr Dr. Graul** erklärt hatte, warum es für den Zeitpunkt 2014 trotz der knappen Zeit zur Umsetzung keine Alternative gebe, wurde der **Änderungsantrag** von Herrn Biehl bei 15 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion; FDP und Linke) **mehrheitlich abgelehnt.**

Ziffer 4 des Beschlussvorschlages wurde daraufhin unverändert **einstimmig** angenommen (bei 1 Enthaltung – Linke).

Ziffer 5 Berufsbildende Schulen

5.1 *Organisatorische Zusammenlegung der Berufsbildenden Schulen 1 und Friedenstraße zu „Berufsbildenden Schulen Wilhelmshaven“ zum 01.08.2014*

5.2 *Räumliche Zusammenlegung der Berufsbildenden Schulen 1 und Friedenstraße zu „Berufsbildenden Schulen Wilhelmshaven“ am Standort Friedenstraße, sobald dafür die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind.*

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass der gewählte Standort zu keinerlei Einsparungen führte, da das Gebäude zunächst aufwändig erweitert werden müsse. Er halte eine Unterbringung im Gebäude des ehemaligen KKG für sinnvoller, da diese Schule seiner Meinung nach schnell für diesen Zweck einsatzfähig gemacht werden könne. Er zeigte sich unzufrieden mit der derzeitigen Entwicklung: Es werde unnötig viel Geld ausgegeben und zusätzlich die Schulsituation massiv verschlechtert.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass aufgrund der verschiedenen Änderungsanträge das KKG-Gebäude dann leer stehe und von daher ein entsprechender Vorschlag möglich sei.

Herr Hellwig stimmte Oberbürgermeister Wagner zu und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, auch die BBS möge das Angebot annehmen.

Frau Weinstock beantragte aufgrund eines Wunsches aus dem Schulausschuss die Verlegung der organisatorischen Zusammenlegung vom 01.08.2014 auf den **01.08.2015**.

Herr Dr. von Teichman machte auf die dringende Notwendigkeit einer Zusammenlegung der Berufsschulen aufmerksam und brachte folgenden **Änderungsantrag** ein:
„Zum Schuljahr 2013/14 zieht die BBS I – wie bisher geplant – in das KKG-Gebäude um („BBS-Campus“).“

Herr Dr. Graul erklärte, warum die Räumlichkeiten am KKG für die Unterbringung einer Berufsschule nicht geeignet seien. Um dieses zu ermöglichen, seien auch dort aufwändige Umbauten notwendig, was wiederum hohe Kosten verursache. Gebäudewirtschaftlich komme diese Lösung daher nicht in Frage.

Zwischen den **Herren Oberbürgermeister Wagner**, **Dr. von Teichman** und **Biehl** wurde anschließend über den Zeitpunkt des Zusammenschlusses diskutiert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde der **Änderungsantrag von Frau Weinstock** bei 14 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion und Linke) und 1 Enthaltung (FDP) **mehrheitlich abgelehnt.**

Der **Änderungsantrag von Herrn Dr. von Teichman** wurde bei 1 Ja-Stimme (FDP) und 2 Enthaltungen (UWG-Fraktion) ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

Ziffer 5 des Beschlussvorschlages wurde daraufhin unverändert **einstimmig** angenommen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, erfolgte wie beantragt die **namentliche Abstimmung** über die Beschlussvorlage inklusive der durch Anträge vorgenommenen Änderungen.

Die Abstimmung ergab folgendes Ergebnis:

1.	Bakir, Nurhayat	ja	
2.	Barkowsky, Holger	ja	
3.	Becker, Stefan		nein
4.	Biehl, Werner		nein
5.	Biester, Ursula	ja	
6.	Breuer, Katja		nein
7.	Büscher, Rainer		nein
8.	Debring, Peter	ja	
9.	~~Felbier, Jörn~~		
10.	Föhlinger, Karlheinz	ja	
11.	Gastmann, Sabine	ja	
12.	Gerriets, Oliver	ja	
13.	Glaser, Ursula	ja	
14.	Hammadi, Al-Chafia		nein
15.	Harms, Martin	ja	
16.	Heinemann, Uwe	ja	
17.	Heinisch, Björn	ja	
18.	Hellwig, Stephan	ja	
19.	Jacques, Howard	ja	
20.	Janßen, Byrte	ja	
21.	~~Jeschke, Wolfgang~~		
22.	Klee, Brigitte	ja	
23.	Kolbe, Petra	ja	
24.	Kunze, Michael	ja	
25.	Lach, Erika		nein
26.	~~Langen, Fritz~~		
27.	Lietzmann, Hans-Jürgen		nein
28.	Linsen-Steiner, Sigrid		nein
29.	Möhle, Helmut	ja	
30.	Ober-Bloibaum, Barbara		nein
31.	Reese, Uwe	ja	
32.	Prof. Reuter, Günter	ja	
33.	Schmidt, Norbert	ja	
34.	Sokolowski, Peter		nein
35.	Stolle, Hermann	ja	
36.	Tegge, Jasmin	ja	
37.	Veh, Michael	ja	
38.	von den Berg, Michael		nein
39.	Dr. von Teichman, Michael		nein
40.	Wagner, Andreas		nein
41.	Walpurgis, Frank Uwe		nein
42.	Walzner, Horst Dieter		nein
43.	Weinstock, Helga		nein
44.	Wilhelm, Lutz	ja	
45.	Will, Christine	ja	

Der Beschlussvorlage in der geänderten Form wurde somit bei 26 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen **mehrheitlich zugestimmt**.

Beschluss sh. nächste Seite

Der Beschluss lautet nunmehr wie folgt:

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt als „Schulentwicklungsplanung 2013 bis 2018“ die folgenden Maßnahmen:

1. Grundschulen

1.1 ~~Aufhebung der Grundschule Sengwarden zum 01.08.2013 und Zuordnung des Schulbezirks zur Grundschule Finkenburgschule~~
Es erfolgt keine Aufhebung der Grundschule Sengwarden zum 01.08.2013. Die GS Sengwarden wird weitergehführt, solange gesicherte einzügige Einschulungsjahrgänge das Angebot nachfragen. Konzepte für einen jahrgangsübergreifenden Unterricht werden nicht unterstützt.

1.2 ~~Aufhebung der Grundschulen Peterstraße~~, ~~Siebethsburg und Kirchreihe zum 01.08.2014~~
Aufhebung der GS Kirchreihe zu 01.08.2014 und Zusammenlegung mit der GS Mühlenweg am Standort Schellingstraße 15.
Umzug der GS Mühlenweg in das Gebäude Schellingstraße 17, nach Sanierung zum 01.08.2015.

1.3 ~~Errichtung der Grundschule Stadtmitte am Standort tom-Brok-Straße 15 zum 01.08.2014 aus den Schulbezirken der Grundschulen Peterstraße, Siebethsburg und Kirchreihe, Neubeordnung des Schulbezirks der bisherigen Grundschule Peterstraße zugunsten der Grundschulen Stadtmitte und Hafenschule, Renovierung des Schulgebäudes tom-Brok-Straße 15 bis zum 01.08.2014~~
Aufhebung der GS Siebethsburg und GS Peterstraße und Zusammenführung in der „GS Stadtmitte“ im Gebäude Störtebekerstraße 49, nach Auszug der Förderschule und Renovierung, zum 01.08.2018.

~~1.4 Umzug der Grundschule Mühlenweg zum Herbst 2013 in das Gebäude Schellingstr. 17,Sanierung des Schulgebäudes Schellingstr. 15 und Rückzug der Grundschule Mühlenweg in das Gebäude Schellingstraße 15 zum 01.08.2015.~~

2. Förderschulen

2.1 ~~Zusammenlegung der Förderschulen Wasserturm-schule und Herbartschule im Gebäude der Förderschule Wasserturmschule, Störtebekerstr.49 zum 01.08.2016.~~
Zusammenlegung der Förderschulen Wasserturm und Herbart am Standort Schellingstraße 15, nach erfolgter Sanierung, zum 01.08.2017.

…

3. Oberschule Stadtmitte

3.1 ~~Organisatorische Zusammenlegung der Realschule Freiherr-vom-Stein-Schule und der Hauptschule Bremer Straße zur Oberschule Stadtmitte zum 01.08.2014, vorübergehende Beschulung an 2 Standorten, Sanierung des Schulgebäudes Schellingstraße 17 (ohne Umbau der Naturwissenschaftlichen Räume) zum 01.08.2016,~~
Organisatorische Zusammenlegung der RS Freiherr-vom-Stein und der HS Bremerstraße zum 01.08.2014.

3.2 ~~Räumliche Zusammenlegung der Oberschule~~ ~~Stadtmitte im Schulgebäude Schellingstraße 17 zum 01.08.2016, vorübergehende Nutzung von Schulcontainern bzw. Schulräumen im Schulgebäude Mühlenweg 59.~~
Räumliche Zusammenlegung der RS Freiherr-vom-Stein und der HS Bremerstraße am Standort Paul-Hug-Straße 43, sobald ein bedarfsgerechtes Raumprogramm erstellt ist und die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind.

(„Die Fraktionen von SPD und CDU präferieren die räumliche Zusammenlegung am Standort Paul-Hug-Straße 43. Da mit diesem Beschluss keine Bereitstellung von Geldmitteln verbunden ist, sind die Fraktionen von SPD und CDU bereit, bei Vorlage einer entsprechenden Wirtschaftlichkeitsberechnung der Verwaltung ihre bisherige Position hinsichtlich des Standortes der „Oberschule Stadtmitte“ zu überprüfen.“)

4. Oberschule Nord

4.1 Organisatorische Zusammenlegung der Realschule Marion-Dönhoff-Schule und der Hauptschule Nogatstraße zur Oberschule Nord zum 01.08.2014, vorübergehende Beschulung an 2 Standorten,

4.2 Räumliche Zusammenlegung der Oberschule Nord am Standort Warthestraße/Salzastraße sobald ein bedarfsgerechtes Raumprogramm vorliegt und die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind.

5. Berufsbildende Schulen

5.1 Organisatorische Zusammenlegung der Berufsbildenden Schulen 1 und Friedenstraße zu „Berufsbildenden Schulen Wilhelmshaven“ zum 01.08.2014

5.2 Räumliche Zusammenlegung der Berufsbildenden Schulen 1 und Friedenstraße zu „Berufsbildenden Schulen Wilhelmshaven“ am Standort Friedenstraße, sobald dafür die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind.

Die Stadt Wilhelmshaven reagiert damit auf die erkennbare demografische Entwicklung. Zugleich schafft sie mit leistungsfähigen und gut ausgestatteten Schulstandorten die Voraussetzungen für zeitgemäße pädagogische Angebote und insbesondere die inklusive Beschulung. Die zukünftige Flächennutzung an den Schulstandorten entspricht dem Gebot eines optimierten Flächen- bzw. Ressourceneinsatzes.

...

Der Rat der Stadt wird die erforderlichen Einzelbeschlüsse nach § 106 Nds. Schulgesetz jeweils im zeitlichen Zusammenhang mit den einzelnen Maßnahmen treffen. Die Änderung der Satzung über die Schulbezirke der Grundschulen ist durch Ratsbeschluss zu ändern.

7.7.3 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD: Beschluss über die "Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Festlegung von Schulbezirken für die Wilhelmshavener Haupt- und Realschulen zum Schuljahr 2013/2014" im SchA 7.2., VA 11.2. und Rat 13.2.2013 **507/2013**

Frau Will brachte den gemeinsamen Antrag für die Fraktionen CDU und SPD ein:

„Der Schulausschuss am 07.02.2013, der Verwaltungsausschuss am 11.02.2013 sowie der Rat der Stadt am 13.02.2013 mögen in den jeweiligen Sitzungen die als Anlage beigefügte „Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Festlegung von Schulbezirken für die Haupt- und Realschulen zum Schuljahr 2013/2014“ beschließen.“

Auf Bitten von **Herrn Biehl** gab **Herr Dr. Graul** eine kurze rechtliche Einschätzung des Antrages: Der Satzungsentwurf werde den strengen gesetzlichen Anforderungen bezüglich Einschränkungen der Freiheit des Elternwillens nicht gerecht. Sollte der Rat diesem Antrag zustimmen, könne die Satzung erst einmal nicht in Kraft treten, da zunächst das gesetzlich vorgesehene Beteiligungsverfahren durchgeführt werden müsse. Der Satzungsentwurf werde darüber hinaus seitens der Verwaltung juristisch geprüft.

Herr Möhle informierte, im Satzungsentwurf gebe es eine **redaktionelle Änderung**:
In § 3 müsse im ersten Satz das Wort „künftigen“ gestrichen werden; darüber hinaus seien in Absatz 3 die Worte „(neu) Stadtmitte“ zu ersetzen durch die Worte „Peterstraße, Mühlenweg, Kirchreihe und Siebethsburg“.

An der Diskussion über den Stellenwert des Wahlrechtes der Eltern beteiligten sich neben **Frau Weinstock** und **Frau Ober-Bloibaum** die **Herren Biehl**, **Sokolowski** und **Kunze**. Dabei wurde überwiegend übereinstimmend festgestellt, dass hier in besonderem Maße der Wille der Eltern für die Wahl der Schule ausschlaggebend sein müsse.

Der Antrag wurde anschließend bei 15 Gegenstimmen (Oberbürgermeister Wagner, Gruppe Grüne/WBV, BASU-Fraktion, UWG-Fraktion, FDP und Linke) **mehrheitlich angenommen**.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es wurde nichts vorgetragen.

9 Anträge

9.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien **511/2013**

Herr Hellwig beantragte im Namen der CDU-Fraktion:

„Die CDU-Fraktion beantragt die Übertragung der Mandate in den jeweiligen Ausschüssen und Gremien von Frau Melanie Bratzke auf Herrn Oliver Gerriets.“

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Delor trug folgende Anfrage vor:

An den Leiter der Unteren Deichbehörde der kreisfreien Stadt Wilhelmshaven, Herrn Oberbürgermeister Andreas Wagner!

Auf Frage 4 meines Schreibens vom 8.6.2012 wurde mir auf Nachfrage von der Oberen Deichbehörde des NLWKN erklärt, die Sicherheit des Deiches wäre nicht ausreichend und deshalb gibt es die neuen gesetzlichen Deichhöhen.

Warum nehmen Sie nicht aus Steuermitteln der Stadt einen niedrigen fünfstelligen Betrag in die Hand und lassen von einem seriösen Fachbüro die gesamten niedrigen Deichstrecken innerhalb unserer Gemeinde bewerten, um aktuelle Katastrophenpläne für die Bevölkerung zu erstellen und zu üben?

Herr Dr. Graul beantwortete die Frage wie folgt:

„Die Deichsicherheit ist für den gesamten Bereich der Stadt Wilhelmshaven gewährleitstet. Dies gilt auch für diejenigen Deichstrecken, für die nach einer Neufestsetzung der Deichsollhöhen durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) Minderhöhen bestehen.

Dieser Sachverhalt wird auch für den Bereich des Marinestützpunktes vom NLWKN als für diesen Bereich zuständiger Deichbehörde nach telefonischer Rücksprache vom 04.02.2013 erneut bestätigt.

Für den Bereich der Stadt Wilhelmshaven besteht eine Deichverteidigungsordnung.

Eine Notwendigkeit für das Erstellen von Katastrophenschutz-Sonderplänen besteht daher nicht.“

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 des Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 22:15 Uhr

gez.	gez.	gez.
Glaser Ratsvorsitzende	Wagner Oberbürgermeister	Rogel Protokollführerin